

Bezugspreise:

Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark, einsch. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter 'Sozial-Zeitung' eingetragen. Für unregelmäßig eingehende Abonnements wird kein Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Sozial-Zeitung' gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1148, der Postverwaltung Nr. 1418, Nr. 7411, der Zeitung-Rdg., Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Wierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restlinien die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen, Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Promenade 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 224.

Halle, Sonnabend, den 15. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Kommunistensput in Sangerhausen.

Ein Banditenstreich.

Sangerhausen, 15. Mai. Heute nacht rissen hier Kommunisten die öffentliche Gewalt an sich. Sie beschlagnahmten die Kreis Sparkasse und entnahmen ihr 800 000 Mark, angehängt, um das Geld an die kommunistische Zentrale in Halle abzugeben. Sie besetzten den Bahnhof und richteten eine Zugkontrolle ein; sie besetzten auch das Postamt. Der Fernsprechverkehr ist lahmgelegt. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Sangerhausen, 15. Mai. Der Putz wurde ausgeführt im Auftrah der kommunistischen Versammlung, zu der sich zahlreiche Kommunisten von auswärts einfinden konnten. Nach Schluß der Versammlung führten die Kommunisten mit Sandgranaten bewaffnet die Banken, das Rathaus und die Post und besetzten die Gebäude. Die Besetzten wurden für abgesetzt erklärt und die Polizei entwaffnet. Die Aufschüßler erbeuteten mehr als 1/2 Million Mark in barem Gelde, große Mengen Schusswaffen, Kleberpistolen, Scharen und Zigaretten, die sie in Autos wegraben. Die Zellungen wurden erbeutet, jedoch nur unter Vorsicht. Ein Putz der Geschäftslokale unterzeichnet mit dem Namen der kommunistischen Partei, in Halle an die Polizei zu gehen. Post, Telegraphenamt und Fernsprechanstalt wurden von jedem Verkehr abgeschnitten. Im Laufe des Vormittags besetzten die Kommunisten die Beschlagnahme Autos und fuhren mit ihrer Beute in verschiedenen Richtungen davon. Zwei der Banditen mit großen Geldbeträgen konnten auf dem Bahnhofe noch festgenommen werden. Jetzt herrscht wieder Ruhe. Um die Mittagszeit wurden eine Anzahl verdächtiger Kommunisten, die mit den auswärtigen im Einvernehmen gewesen sein dürften, verhaftet.

Zur Räumung des Mainganges.

Wien, 15. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Von Expreß meldet aus Paris: Der Bericht der französischen Mission über die neue deutsche Truppenstärke im Ruhrgebiet würde günstig beurteilt, sei oder nicht vollständig. Die Räumung des Mainganges werde im Laufe der nächsten Woche wahrscheinlich erfolgen. Millesand wollte aber vorerst mit Lloyd George verhandeln, um Garantien zu erhalten.

Paris, 15. Mai. General D'Allet ließ beantragen, daß nach den begonnenen Kontrollarbeiten vorauszusetzen sei, daß die Truppenbestände in der neuesten Zone als nicht vor am 8. August 1919 festgelegten Zahlen im Einklang stehend anerkannt werden. Infolgedessen eruchte Marshall Foch den General D'Allet, einen Flügel nach Kassel zu kommandieren, um mit der deutschen Regierung über die eingeleitete Räumung der seit dem 6. April besetzten Zone seitens der französischen Truppen zu unterhandeln. Die Räumung wird durchgeführt werden, sobald die Ergebnisse der Kontrollarbeiten offiziell bekannt sind.

Frankreich „genehmigt“ die bayerische Einwohnerverschiebung?

München, 15. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der stellvertretende Bundeshauptmann der Einwohnervereine in Bayern teilte in einer Sitzung in Hofheim mit, daß an aufständiger Stelle die sichere Nachricht vorliege, daß man sich in Paris mit dem Weiterbesetzen der Einwohnervereine in Bayern abgefunden habe.

Nitti beharrt auf seinen Rücktritt.

Paris, 15. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Interaktion des Königs von Italien mit Nitti lehnte dieser ebenfalls die Bildung eines Kabinetts ab. Nunmehr wird der König den Führer der Reformisten Bonomi mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Katholiken wollen ihrer Regierung Bonomi ihre Zustimmung geben.

Eine polnische 50 Millionen-Dollar-Anleihe in Amerika.

Paris, 15. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die polnische Regierung wird am 27. Mai in Washington eine Anleihe von 50 Millionen Dollar zu 6 1/2 Prozent aufnehmen. Der Betrag soll zum industriellen Wiederaufbau Polens verwendet werden.

Attentat auf den Großwesir.

London, 14. Mai. Reuters. Die Mütter neben aus Konstantinopel: Ein Polizist versuchte, den Großwesir in seiner Wohnung zu erschließen. Er wurde dabei aber nur einen Kanaken. Der Täter wurde verhaftet.

Neues Attentat auf Erzberger?

Schönen, 15. Mai. Gestern aber veranstaltete die gleiche Zentrumspartei eine Versammlung, in der Erzberger sprach. Gegen 10 Uhr wurde der Straße aus durch ein Feuer eine Handgranate geworfen.

Schleudert, die im Kleiderabfegeraum plakte, aber niemand verlor. Die dichtgefüllte Saal war sofort in Rauch gehüllt. Märs stob auseinander. Von dem Täter hat man keine Spur.

Konferenz der Landwirtschaftsminister.

Süddeutschland gegen die gänzliche Freigabe der Ernte.

Wie schon kurz mitgeteilt, treten die einzelstaatlichen Landwirtschaftsminister an diesem Sonnabend zu einer wichtigen Beratung im Reichsernährungsamt zusammen. Es handelt sich bei der Besprechung vor allem um die Frage, ob im neuen Ernteharveste die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch weiterhin die Zwangswirtschaft aufrechterhalten oder der freie Handel wieder eingeführt werden soll. Während man im Reichsernährungsamt den Standpunkt vertritt, daß im neuen Ernteharveste die Kartoffel- und Getreideerwirtschaftung größtenteils freigegeben werden kann, stehen die süddeutschen Staaten unter Führung des bayerischen Ernährungsministers, der erst kürzlich in Berlin verhandelte und auch an den letzten Verhandlungen teilnahm, auf dem entgegengekehrten Standpunkt. Diese Länder begehren ihre Zustimmung damit, daß eine Freigabe der Kartoffel- und Getreideernte erst im Herbst in der Gänze mit norddeutschen Sündern zur Folge haben würde. Diese jedoch würde wieder ein enormes ungeheures Steigen der Preise nach sich ziehen.

Bayern, dem sich die übrigen süddeutschen Länder anschließen, wird sich aus diesen Gründen nur mit einer teilweisen Freigabe der Ernte, und zwar in der Form einverstanden erklären, daß ein noch festzusetzender Prozentsatz der zu erwartenden Ernte übergeben und der Rest den Erzeugern zur freien Verfügung überlassen wird.

Was Holland an Deutschland liefert.

Berlin, 14. Mai. Im Hinblick auf die Mitteilung über die Unterzeichnung des zwischen Deutschland und Holland abgeschlossenen Vertrages über die Gewährung eines Kredits von 200 Millionen Gulden an Deutschland sind Nachrichten verbreitet worden, über die Ausrichtung des Zeitbetrages von 60 Millionen Gulden zur Beschaffung von Lebensmitteln, die nicht zutreffen. In der hierüber am 31. März im Haag abgeschlossenen Vereinbarung, zu der namentlich auch die holländische Regierung ihre Zustimmung erteilt hat, ist bestimmt, daß Holland an die deutsche Regierung 5000 Tonnen Weizen im Werte von 1 570 000 Gulden, 5400 Tonnen Mehl im Werte von 6 750 000 Gulden verkauft. Deutschland erklärt sich bereit, Rohstoffe und Zubereitungen im Werte von 3 500 000 Gulden, Milch- und Milchprodukte im Werte von 6 Millionen Gulden, Kofostücken im Werte von 2 600 000 Gulden, Käse im Werte von 8 Mill. Gulden und Marmelade im Werte von 1 Million Gulden zu kaufen.

Zum Ankauf von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs nach Wahl der deutschen Regierung stellt die holländische Regierung die Summe von 30 520 000 Gulden zur Verfügung. Auf diesen Kredit wurde von der holländischen Regierung ein Vorkurs von 25 Millionen Gulden gewährt. Aus diesem Vorkurs waren zu kaufen: Getreide (5000 Tonnen), Mehl, Milch- und Zubereitungen, Rohstoffe, Kofostücke, Käse.

Zur Beschaffung weiterer Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs wurden 8 120 000 Gulden zur Verfügung gestellt. Diese Lieferungen sind bereits im Gange.

Der Bankbeamtenstreik.

Berlin, 15. Mai. Die Einigungsverhandlungen in der Bankbeamtenbewegung sind gestern gescheitert. Infolgedessen ist es bereits in einer größeren Anzahl von Städten im Reich zu Unruhen gekommen. Über 50 000 Bankangestellte sollen sich schon im Streik befinden. Nach den bisherigen Vorgängen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß auch die Berliner Bankbeamten in den Streik eintreten werden. Heute vormittag wird eine gemeinsame Vorstandssitzung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins stattfinden. Nachmittags wird sodann die Berliner Bankbeamtenchaft zu der über den Streik entscheidenden Versammlung sich zusammenfinden.

Wie das „B. L.“ aus München hört, hat in der Frage des Münchner Bankbeamtenstreiks der Schlichtungsausschuss einen unverbindlichen Schiedsspruch gefaßt, auf Grund dessen man zu einer Einigung zu kommen hofft.

Hinrichtung französischer Bürger.

Paris, 15. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern morgen wurden auf dem Maxplatz von Vincennes drei Männer und eine Frau hingerichtet, die während des Krieges in Lyon mehrere französische Bürger den deutschen Behörden denunziert haben.

Wie man Wahlen macht.

Von Parteileitender Alfred Mühlings-Aue.

Es ist eine der häufigsten Erfahrungen im Wahlkampf gewesen, wenn Parteien, die bisher in der Opposition standen, vor der Wahl ein anderes Gesicht aufwiesen. Im Parlament treibt man Negation. Und sobald die Wahlen nahe rücken, spielt man das Unlustbildschminken, weist man jede Verantwortung für den Lauf der Dinge weit von sich, schimpft man in Schrift und Rede auf die bedauerlichen Zustände der Zeit und stellt sich als rettende Partei der Zukunft hin. Ein treffendes Beispiel dieser altbekannten Wahlmanöver liefert in unseren Tagen die Deutsche Volkspartei. Für die Erhaltung der Republik soll die Deutsche Volkspartei im Januar 1919 in dem Wahlkampf. Nach den Wahlen formte sie ihr Programm so, daß sie im Aktuellen, die für unser Volk geeignete Staatsform erblickt. Während der mühsamen Arbeit der Nationalversammlung stimmte sie geschlossen gegen Verfassung und Etat. Später beronte sie, im Rahmen ihrer politischen Grundidee innerhalb der jetzigen Staatsform mit arbeiten zu wollen. Ja, ihre Ähner Streikeman mit ging sogar noch weiter, indem er ein Zusammenarbeiten mit der Mehrheitspartei als unbedingte Fortbedingung hinstellte. Ein treffendes Beispiel dieser altbekannten Wahlmanöver liefert in unseren Tagen die Deutsche Volkspartei. Für die Erhaltung der Republik soll die Deutsche Volkspartei im Januar 1919 in dem Wahlkampf. Nach den Wahlen formte sie ihr Programm so, daß sie im Aktuellen, die für unser Volk geeignete Staatsform erblickt. Während der mühsamen Arbeit der Nationalversammlung stimmte sie geschlossen gegen Verfassung und Etat. Später beronte sie, im Rahmen ihrer politischen Grundidee innerhalb der jetzigen Staatsform mit arbeiten zu wollen. Ja, ihre Ähner Streikeman mit ging sogar noch weiter, indem er ein Zusammenarbeiten mit der Mehrheitspartei als unbedingte Fortbedingung hinstellte.

Die besten Beweise für die Zweiparteipolitik der Politik der Deutschen Volkspartei liefert ihr Wahlausfall. Wenn die Volkspartei sagt, daß am Ende der Volkszerstückelung der Volksheismus und rote Terror steht, so verlangt sie, daß die letzte volkshenstliche Erhebung begünstigt werden soll durch den reaktionären Aufschwung von rechts. Und sie verlangt ferner, daß auch diese reaktionären Bewegungen genau verfolgt werden müssen, denn das gibt der Reaktion nach an unseren Staatsbau einen Anstoß, der die Volkshenismus. Wenn die Volkspartei behauptet, daß die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Erhebung und zum Aufstieg nicht gefunden hätten, ist entwirrt diese Behauptung. Klage dem Betreffenden, die gleiche Arbeit nicht gelten zu lassen. Der Weg zur Erhebung und zum Aufstieg war besunden und ist selten Schritte begangen worden. Auf diesem Wege haben sich rechts und links Gegner zur Wehr gesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat mit ihrer fruchtlosen Opposition das Volkstumkommen erschwert. In den Kampftagen haben selbst verständige Männer und Frauen der Mehrheitsparteien anerkannt, daß es mit dem deutschen Volk in diese Lage kam auf diese Weise ging. Wodurch war diese Aufwärtsbewegung möglich? Nur durch die ersten die Volkshenismus. Wenn die Volkspartei behauptet, daß die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Erhebung und zum Aufstieg nicht gefunden hätten, ist entwirrt diese Behauptung. Klage dem Betreffenden, die gleiche Arbeit nicht gelten zu lassen. Der Weg zur Erhebung und zum Aufstieg war besunden und ist selten Schritte begangen worden. Auf diesem Wege haben sich rechts und links Gegner zur Wehr gesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat mit ihrer fruchtlosen Opposition das Volkstumkommen erschwert. In den Kampftagen haben selbst verständige Männer und Frauen der Mehrheitsparteien anerkannt, daß es mit dem deutschen Volk in diese Lage kam auf diese Weise ging. Wodurch war diese Aufwärtsbewegung möglich? Nur durch die ersten die Volkshenismus.

Demokratie ist kein Schlagwort. Aber formale Demokratie ist ein Schlagwort. Es kommt vor der Deutschen Volkspartei. Die Demokratische Partei will eine lebendige Demokratie, eine Demokratie, die nicht in utopischen Spielereien ausartet, eine Demokratie, in der sich das Volk als Ganzes wohlfühlt, in der der Staat frei sich entwickeln, die Wirtschaft gedeihen kann zum Heile der Gesamtheit, eine Demokratie, die die Klagengegenstände glättet, die Freude an Schöpfen neu belebt und dem Ganzen einen stillen hohen Wert beibringt. Für dieses Ziel kämpft die Deutsche Demokratische Partei. Aber deshalb bei der Wahl ist es eine Stimme an die Rechtsparteien verliert der arbeitende gesunde Entwidung entgegen. Denn es ist nie und nimmer möglich, daß die Rechtsparteien die Mehrheit erlangen. Und da sie nicht in die Mehrheit kommen, werden sie sich wieder in unfruchtbare, das Ganze hemmende Opposition stellen. Das möge jeder Wähler bedenken. Tretet in die Reihen der Deutschen Demokratischen Partei ein. Das ist die rechte Partei und die Arbeiterpartei. Ist und trete recht ist auf dem Boden der Verfassung, tritt sie ein für den Reichstag und für die freie Entfaltung persönlicher Tätigkeit und höchstpersönlichen Unternehmungsgeistes. Sie lehnt jede Wirtschaftspolitik ab, die die wesentlichen Kräfte des Kapitalismus

Vertical text on the left margin: "Dieses ist ein Nachdruck der 'Sozial-Zeitung' von Halle, Nr. 224, vom 15. Mai 1920." (partially illegible)





